



DSTGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Position

DER AUTOR

Dr. Gerd Landsberg

ist Geschäftsführendes
Präsidialmitglied des Deutschen
Städte- und Gemeindebundes.

Der Deutsche Städte- und
Gemeindebund vertritt die Interessen
der Kommunalen Selbstverwaltung der
Städte und Gemeinden in Deutschland
und Europa. Über seine Mitglieds-
verbände repräsentiert er rund 11.100
Kommunen in Deutschland.

Mitgliedsverbände

- Bayerischer Gemeindetag
- Gemeinde- und Städtebund
Rheinland-Pfalz
- Gemeinde- und Städtebund
Thüringen
- Gemeindetag Baden-Württemberg
- Hessischer Städte- und
Gemeindebund
- Hessischer Städtetag
- Niedersächsischer Städte- und
Gemeindebund
- Niedersächsischer Städtetag
- Saarländischer Städte- und
Gemeindetag
- Sächsischer Städte- und
Gemeindetag
- Schleswig-Holsteinischer
Gemeindetag
- Städte- und Gemeindebund
Brandenburg
- Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen
- Städte- und Gemeindebund Sachsen-
Anhalt
- Städte- und Gemeindetag
Mecklenburg-Vorpommern
- Städtebund Schleswig-Holstein
- Städtetag Rheinland-Pfalz

STATEMENT ZUR WIRTSCHAFTSPOLITIK

Kaum Spielraum für Steuerentlastungen - Vorrang für Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Schuldenabbau

Kommunen gestalten das Leben vor Ort. Sie sollen die Kinderbetreuung ausbauen, Schulen sanieren, Kultur und Sport fördern, die Jugendarbeit verbessern, Abwasser beseitigen, Sozialhilfe zahlen und mit Investitionen das örtliche Handwerk stärken. Dies alles jedoch mit immer weniger finanziellen Mitteln. Trotz Wirtschaftsaufschwung ist die Finanzlage der Städte und Gemeinden weiter angespannt.

Schuldenberg wächst trotz guter Konjunktur

Anlässlich der Diskussion über Steuerentlastungen weist der Deutsche Städte- und Gemeindebund auf die nach wie vor dramatische Finanzlage der Kommunen hin. Insbesondere die Sozialausgaben, die dieses Jahr über 43 Mrd. Euro ausmachen werden, belasten die Kommunen enorm. Gleichzeitig schieben die Kommunen einen milliarden schweren Schuldenberg vor sich her und die Kassenkredite haben die bisher nie gekannte Höhe von über 40 Mrd. Euro erreicht. Oftmals sind die Städte und Gemeinden gezwungen, Maßnahmen zu Lasten der Bürger zu treffen wie beispielsweise die Schließung des Schwimmbades und die Kürzung der Vereinsförderung. Vor diesem Hintergrund sieht der Deutsche Städte- und Gemeindebund kaum Spielraum für Steuerentlastungen, zumal Bund, **Länder und Gemeinden insgesamt mit zwei Billionen Euro** verschuldet sind. Trotz guter Konjunktur werden alle Ebenen auch in diesem Jahr neue Schulden machen. Die Mehreinnahmen bedeuten keinen Überschuss, sondern verringern lediglich

die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben.

Bürger wollen starke Städte

Auch den meisten Bürgern sind bessere Straßen und ein familienfreundlicheres Umfeld wichtiger als eine geringfügige Steuerentlastung. Nach einer forsa-Umfrage im Auftrag des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gaben 77 Prozent der Befragten an, dass die zu erwartenden Steuermehreinnahmen zur Verbesserung der Finanzsituation der Städte und Gemeinden und damit für ein besseres Lebensumfeld vor Ort verwendet werden sollten. Dass die Steuermehreinnahmen zur Senkung von Steuern genutzt werden sollten, fordert nur eine Minderheit von 18 Prozent. Die Meinungen unterscheiden sich in den einzelnen Regionen und Bevölkerungsgruppen nur wenig. Selbst von den FDP-Anhängern plädierte nur eine Minderheit von 20 Prozent dafür, die Steuermehreinnahmen für Steuersenkungen zu verwenden.

Investitionsstau begegnen

Damit beim Einzelnen nicht nur Kleinstbeträge ankommen, müsste die Regierung bei einer Steuerreform große Entlastungen umsetzen, die weitere Löcher in die öffentlichen Haushalte reißen würde.

Wer heute Steuerentlastung verspricht, sollte auch ehrlich sagen, dass damit weniger politischer Handlungsspielraum für Investitionen für Bildung und Infrastruktur besteht. Der Bedarf an Investitionen, etwa im Straßenbau, ist nach wie vor riesig.


DSTGB

 Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Position

Trotz der Maßnahmen des Konjunkturpaketes II konnte der Investitionsstau, den die Kommunen vor sich her schieben, nicht abgebaut werden. Die Kommunen stehen in Deutschland vor großen Herausforderungen. Mit der nunmehr eingeläuteten Energiewende sind wir einen wichtigen Schritt gegangen. Allerdings wird es die dafür erforderlichen Maßnahmen nicht zum Nulltarif geben.

Dauerhaftes Wirtschaftswachstum ungewiss

Zudem ist ungewiss – auch vor dem Hintergrund der Griechenlandkrise – ob die Konjunktur auch in den nächsten Jahren weiterhin so gut laufen wird. Es darf auch nicht übersehen werden, dass die Bürger unter dieser Regierung bereits deutlich entlastet worden sind. Es ist auch unzutreffend, wenn behauptet wird, dass die Bürger vom Aufschwung nicht profitieren. Hunderttausende Arbeitslose, die endlich wieder Arbeit haben, haben das dem Aufschwung zu verdanken. Die deutsche Steuerbelastung liegt im Übrigen im unteren Bereich des Durchschnitts der Industrieländer.

Erfolge der Gemeindefinanzkommission nicht aushebeln

Die Kommunen haben seit 1993 mit wenigen Ausnahmen ununterbrochen Defizite gemacht und sind mit einem riesigen Berg von Schulden und Kassenkrediten belastet. Daher ist die nunmehr in der Gemeindefinanzkommission vereinbarte Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund in Höhe von fast 4 Milliarden Euro pro Jahr ein erster richtiger Schritt zu Beseitigung der struktu-

rellen Unterfinanzierung. Die diskutierte Steuerentlastung in Höhe von 10 Milliarden Euro bei der Einkommenssteuer würde mit Steuermindereinnahmen der Länder einhergehen. Die Länder würden ihre Zuweisungen an die Kommunen im Finanzausgleich reduzieren. Das könnte für die Kommunen Mindereinnahmen von ca. 3 Milliarden Euro bedeuten. Damit würde die gerade beschlossene Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung faktisch wieder ausgehebelt.

Schuldenbremse beachten

Die in diesem Jahr in Kraft tretende Schuldenbremse hat das Ziel, den immer rascheren Anstieg der Staatsverschuldung aufzuhalten. Das nunmehr im Grundgesetz verankerte Ziel, dass Bund und Länder grundsätzlich ohne immer neue Schulden auskommen müssen, würde durch die Steuerentlastungen ohne Gegenfinanzierung zum Teil infrage gestellt. Nach dem Maastricht-Vertrag ist im Übrigen eine Verschuldung von nur 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zulässig. Wir werden dieses Jahr die Stabilitätskriterien nicht einhalten, da die Verschuldung über 80 Prozent beträgt.

Nachhaltigkeit durch Schuldenverträglichkeitsprüfung

Die Einführung der Schuldenbremse allein ist jedoch noch nicht der Ausweg aus der Schuldenfalle. Wir brauchen einen nachhaltigen Prozess hin zu ausgeglichenen Haushalten bei Bund, Ländern und Gemeinden. Letztlich ist eine Lösung der Verschuldensfrage nur erreichbar, wenn wir entweder mittel-

fristig die Einnahmen verbessern oder die Ausgaben reduzieren beziehungsweise beides kombinieren.

Dazu gehört eine Schuldenverträglichkeitsprüfung bei jedem neuen Gesetz, das zusätzliche Leistungsansprüche normiert oder bestehende Leistungen des Staates erhöht. Es ist Aufgabe der Politik, dafür in den nächsten Jahren – weit über eine einzelne Legislaturperiode hinaus – einzutreten. Die Politik hat über Jahrzehnte den Bürger daran gewöhnt, dass es immer mehr und bessere Leistungen vom Staat gibt und niemand hat gefragt, woher das Geld kommt. Das Bewusstsein, dass der Staat nur das Geld verteilen kann, das er vorher den Bürgern abgenommen hat, ist zu sehr verkümmert. Das muss sich ändern, wenn der Sozialstaat zukunftsfest ohne immer neue Belastungen für die nächsten Generationen organisiert werden soll. Denn bisher sind die Steuerentlastungen von heute die Schulden von morgen.

Berlin, 27. Juni 2011